

Allgemeine Zeitung - Bad Kreuznach | 11.10.2016 | Seite 13

Hunsrückbahn ist ein Standortvorteil

BAHNTRASSE CDU der VG Stromberg plädiert trotz hoher Kosten für schnelle Umsetzung

STROMBERG (red). Als zu kurz gedacht bezeichnet die CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat Stromberg die Auslassung des Bundes der Steuerzahler zum Thema Hunsrückbahn. Es ist sicher richtig, dass die Wiederinbetriebnahme eine sehr hohe Investitionssumme kosten würde.

Jedoch vergisst der Bund der Steuerzahler dabei, das Gesamtgefüge zu betrachten. Wie teuer wird es den Steuerzahler kommen, wenn immer mehr Gemeinden nur wenige Kilometer abseits großer Verkehrsstrassen – wie der A 61 – ausbluten, da immer mehr junge Menschen wegen der verkehrungünstigen Lage dort wegziehen?

Verfall von Wohnraum sollte verhindert werden

Wie hoch ist der volkswirtschaftliche Schaden, wenn diese Orte unter immensen Leerständen leiden, weil Häuser praktisch für die Eigentümer mangels Nachfrage nicht verkäuflich sind und zugleich als Folge die bestehenden Angebote des ÖPNV und der Nahversorgung wegen Unrentabilität eingestellt werden? Wie hoch ist der ökologische Schaden, wenn Menschen aus eben jenen Gemeinden entlang der Verkehrsadern in immer neue zu erschließende Neubaugebiete ziehen, im Gegenzug hierzu aber anderenorts Wohnraum verfällt?

Die CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat Stromberg versteht die Hunsrückbahn als eine Chance, eben jene Szenarien zu bremsen und diesen sogar entgegenzusteuern. Immer

mehr Menschen ziehen aus den Ballungsräumen in verkehrsgünstig gelegene ländliche Gebiete, um Natur und ländliche Sicherheit auf der einen, sowie eine gute Erschlossenheit auf der anderen Seite zu genießen, heißt es in der Pressemitteilung der Christdemokraten. Hierzu sei aber eine gute Verkehrsinfrastruktur unabdingbar.

„In Zeiten immer überfüllter Autobahnen ist daher die alternative Verkehrsanbindung in Ballungsgebiete – wie das Rhein-Main-Gebiet – über den ÖPNV ein entscheidender Standortvorteil auch für Gemeinden, die zwar keinen Bahnhaltepunkt, aber eine kurze Anbindung an den nächsten Bahnhof haben“, bemerkt der Fraktionsvorsitzende Benjamin Hilger. „Wenn hierdurch die Landflucht entlang der Trasse der Hunsrückbahn gestoppt wird – wovon wir fest ausgehen – sind die 100 Millionen Euro sehr gut investiertes Geld.“

Und dies sollte bald geschehen, sind sich die Stromberg Christdemokraten einig. Die Landesregierung muss sich endlich von wachweichen Aussagen, wie jüngst die des Wirtschaftsministers, die Bahn würde irgendwann nach 2020 wieder fahren, verabschieden und Fakten schaffen. „Nach Ende des Planfeststellungsverfahrens muss nach unserer Auffassung schnellstmöglich Baurecht geschaffen und der Zug aufs Gleis gebracht werden, um die Verbandsgemeinden entlang der Hunsrückbahn endlich wieder mit einem ÖPNV-Angebot per Schiene an das Rhein-Main-Gebiet anzuschließen“, betont Benjamin Hilger abschließend.